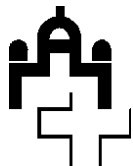


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



23.015 sn Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO vom 31. Dezember 2022

Die Schweizer Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) nimmt im Auftrag der Bundesversammlung an den Tagungen der NATO-PV sowie an den Seminaren und Arbeitstreffen von deren Ausschüssen teil.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung über die Pflege der internationalen Beziehungen (VPiB) unterbreitet die NATO-PV-Delegation den eidgenössischen Räten jährlich einen schriftlichen Bericht über die wesentlichen Elemente ihrer Tätigkeit.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation:
Der Präsident 2022–2023

Werner Salzmann

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen
- 3 Reisekosten
- 4 Angenommene Resolution in 2022
- 5 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums und Voranschlag 2023
- 6 Hauptdiskussionsthemen 2022
- 7 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2022
- 8 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten



1 Einleitung

Die Schweizer Delegation bei der NATO-PV hat ihre Rechtsgrundlage in der VPiB (SR 171.117). Wie die anderen parlamentarischen Delegationen bei internationalen Organisationen hat auch die Delegation bei der NATO-PV ein Reglement¹, das den Umfang ihrer Tätigkeiten festlegt.

Zusammensetzung der Delegation im Jahr 2022:

Präsident: Ständerat Werner Salzmänn;

Vizepräsidentin: Nationalrätin Ida Glanzmann;

Mitglieder: Nationalrat Mauro Tuena und Ständerat Thomas Minder;

Ersatzmitglieder: Nationalrat Pierre-Alain Fridez und Ständerat Josef Dittli.

2 Tagungen, Seminare und weitere Treffen

Im Jahr 2022 nahm die Schweizer Delegation bei der NATO-PV an folgenden Anlässen teil:

- Frühjahrstagung vom 27. bis zum 30. Mai in Vilnius (Ständeräte Werner Salzmänn und Thomas Minder, Nationalrätin Ida Glanzmann und Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez);
- NATO-Informationsprogramm vom 3. und 4. Oktober in Brüssel (Nationalräte Mauro Tuena und Pierre-Alain Fridez);
- Rose-Roth-Seminar vom 8. bis zum 10. Oktober in Pristina zur Sicherheit auf dem Balkan (Nationalrat Mauro Tuena);
- Rose-Roth-Seminar vom 18. bis zum 20. Oktober in Helsinki zur Sicherheit in Nordeuropa (Nationalrat Pierre-Alain Fridez);
- Jahrestagung vom 18. bis zum 21. November in Madrid (Nationalrätin Ida Glanzmann, Nationalrat Mauro Tuena und Ständeräte Thomas Minder und Josef Dittli).

Die beiden Tagungen und die beiden Rose-Roth-Seminare waren Gegenstand je eines Delegationsberichtes zuhanden der Sicherheitspolitischen Kommissionen. Im Berichtsjahr überschneiden sich die Daten weiterer Rose-Roth-Seminare sowie verschiedener Ausschusssitzungen mit Sessionen oder mit Kommissionssitzungen der Bundesversammlung und blieben deshalb ohne Beteiligung der Schweizer Delegation.

3 Reisekosten

Die Reisen der NATO-PV-Delegation verursachten für die Bundesversammlung im Jahr 2022 Bahn- und Flugreisekosten in der Höhe von 8972 Franken.

4 Angenommene Resolution in 2022

An der Jahrestagung wurden die folgenden sechs Resolutionen² verabschiedet:

- *Stärkung der Cyberresilienz der Mitgliedstaaten.* Die Resolution Nr. 475 ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, ihre Cyberabschreckung und -abwehr zu stärken und offensive Cybermittel einzusetzen. Weiter verlangt sie, das Wissen über Cyberbedrohungen zu vertiefen, Erkenntnisse vermehrt zu teilen – beispielsweise über die Schaffung von

¹ www.parlament.ch (Organe > Delegationen > Die Delegationen internationaler parlamentarischer Versammlungen > Delegation bei der parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO-PV) > Rechtsgrundlagen)

² Die Resolutionen können unter <https://www.nato-pa.int/fr> unter *Documents > Recommandations de politique générale > 2022* eingesehen werden (auf Französisch und Englisch).



Applikationen für die breite Öffentlichkeit – und in die Netzsicherheit zu investieren. Ferner hebt sie hervor, welche Rolle die Unternehmen und die breite Öffentlichkeit in der Cyberresilienz spielen, und fordert eine Sensibilisierung aller Akteure für dieses Thema sowie eine stärkere zivil-militärische Zusammenarbeit in diesem Bereich.

- *Unterstützung der am NATO-Gipfel in Madrid getroffenen Verteidigungs- und Abschreckungsmassnahmen.* Die Resolution Nr. 476 ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, die 2022 am Gipfel in Madrid getroffenen Entscheide rasch umzusetzen. Sie fordert insbesondere die Modernisierung der NATO-Streitkräfte und die Verstärkung der globalen Präsenz an der Ostflanke bei gleichzeitiger Weiterführung des 360-Grad-Ansatzes. Ausserdem verlangt die Resolution, die Ukraine weiter zu unterstützen. Im Weiteren wird gefordert, dass die notwendigen Finanzmittel und Ressourcen bereitgestellt werden, wobei 2 Prozent des BIP als Richtwert für die Mindestinvestitionen dienen und der Anteil der jährlichen Investitionen in Ausrüstung – inkl. Forschung und Entwicklung – auf mindestens 20 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben erhöht werden soll.
- *Zusammenhang zwischen Korruption und Sicherheit.* Die Resolution Nr. 477 ruft dazu auf, die Auswirkungen von Korruption auf die Sicherheit zu berücksichtigen und gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Bündnispartner vor den schädlichen Folgen der Korruption zu schützen, zum Beispiel, wenn autoritäre Staaten wie Russland Korruption nutzen, um Demokratien zu unterwandern, demokratische Bündnisse zu schwächen und ihre eigene antidemokratische Agenda voranzutreiben. Die NATO-Staaten werden dazu ermutigt, eine Gesetzgebung gegen Kleptokratie zu verabschieden, rechtliche Instrumente zur Einfrierung und Beschlagnahmung von Vermögen aus Korruption einzuführen und sicherzustellen, dass westliche Immobilienmärkte nicht dazu genutzt werden, Schwarzgeld zu waschen, indem Immobilien über Briefkastenfirmen erworben werden. Ferner fordert die Resolution, die Entwicklungen auf dem Kryptowährungsmarkt zu verfolgen und sich weiterhin für eine bessere Rückverfolgbarkeit der Transaktionen einzusetzen.
- *Wirtschaftliche Folgen des von Russland gegen die Ukraine geführten Kriegs und mögliche Reaktionen darauf.* Die Resolution Nr. 478 fordert die NATO-Staaten dazu auf, Mitglieder der russischen Führung für in der Ukraine begangene Kriegsverbrechen vor ein Sondergericht zu stellen. Sie ermahnt die Staaten, die militärische und finanzielle Unterstützung sowie die humanitäre Hilfe für die Ukraine auszubauen und die Waffenlieferungen zu beschleunigen. Ferner fordert sie die Mitgliedstaaten auf, die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten und einen Wiederaufbauplan für die Ukraine auszuarbeiten.
- *Nach dem Gipfel in Madrid: eine an ihre Mission angepasste NATO am Beginn einer neuen strategischen Ära.* Die Resolution Nr. 479 fordert eine rasche Umsetzung der in Madrid getroffenen Beschlüsse, wobei der Weiterentwicklung und Modernisierung der NATO-Streitkräfte sowie der Stärkung der NATO-Ostflanke Priorität einzuräumen ist. Ausserdem verlangt sie, dass der NATO-Beitritt von Finnland bzw. Schweden so schnell wie möglich ratifiziert wird. Die Resolution hält fest, dass die NATO-Russland-Grundakte, mit welcher die Stationierung von NATO-Truppen im Osten begrenzt wird, nunmehr hinfällig ist, und fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, das derzeitige russische Regime unmissverständlich als Terrorregime einzustufen. Ferner verlangt die Resolution eine gemeinsame Reaktion auf Chinas wachsendes Selbstbewusstsein, unter anderem durch Schutzmassnahmen für Investitionen Dritter in strategische Sektoren, und eine Verringerung der Abhängigkeiten.
- *Klimawandel und internationale Sicherheit.* Die Resolution Nr. 480 fordert von den Bündnispartnern, mehr Mittel in eine bessere Energieeffizienz ihrer Streitkräfte zu investieren, die Forschung und Entwicklung für CO₂-neutrale Technologien voranzutreiben und wichtige zivile und militärische Infrastrukturen regelmässig daraufhin zu prüfen, ob sie extremen Wetterereignissen standhalten können, und diese Infrastrukturen regelmässig Stresstests und Übungen zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit zu unterziehen. Im Weiteren verlangt die



Resolution, dass die NATO ihr Instrumentarium namentlich durch die Gründung eines Zentrums für demokratische Widerstandsfähigkeit ausbaut, über welches sie die Auswirkungen des Klimawandels auf die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität der NATO-Nachbarstaaten überwachen kann.

5 Wahl des Präsidiums und des Vizepräsidiums und Voranschlag 2023

An der Jahrestagung wählte die Versammlung für die Periode 2023–2024 die Französin Joëlle Garriaud-Maylam zur neuen Präsidentin der NATO-PV sowie fünf Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten.³ In ihrer Antrittsrede wies Garriaud-Maylam darauf hin, dass sie die NATO-PV zu einer respektierten Gesprächspartnerin sowohl innerhalb als auch ausserhalb der NATO machen will. Ihrer Meinung nach müssen sich die Parlamentsmitglieder in einer Zeit, in der Krieg in Europa tobt, mehr denn je für die Verteidigung demokratischer Werte einsetzen. Der Westen habe die Augen zu lange verschlossen vor den Mächtschaften Russlands und dem drohenden Kriegsausbruch in Europa. Garriaud-Maylam skizzierte ihre Prioritäten für ihre Amtszeit und bezeichnete die Unterstützung der militärischen Anstrengungen der Ukraine als oberste Pflicht der NATO-PV. Sie wünschte sich ausserdem, dass die Versammlung die militärischen Bestrebungen der NATO zur Bekämpfung von Desinformation stärker unterstützt. Für Garriaud-Maylam gilt es, gegenüber autoritären Regimen unermüdlich den Vorrang demokratischer Werte und des Völkerrechts zu bekräftigen. Die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO sowie die Gründung eines Zentrums für demokratische Widerstandsfähigkeit tragen laut ihr zur Stärkung des Bündnisses bei. Darüber hinaus seien die strategischen Überlegungen zum indopazifischen Raum und China zu vertiefen. Abschliessend erwähnte Garriaud-Maylam, dass sie die Beziehungen mit den Armeen und der Bevölkerung, insbesondere den Jugendlichen, festigen will und sie entsprechende Initiativen vorschlagen wird. Weitere Themen, welche die Versammlung ihrer Meinung nach behandeln sollte, sind insbesondere die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit, die Thematik des technologischen Vorsprungs der westlichen Länder sowie die Finanzierung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Rüstungsgüter der Zukunft.

Das Budget der Versammlung für 2023 fällt mit knapp 4,5 Millionen Franken um 10,9 Prozent höher aus als im Vorjahr. Diese Erhöhung entspricht der durchschnittlichen Inflationsrate der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Der Schatzmeister der NATO-PV, Wolfgang Hellmich (Deutschland), dankte der Schweiz für ihren Beitrag.⁴

6 Hauptdiskussionsthemen 2022

Die Hauptdiskussionsthemen in der NATO-PV im Jahr 2022 waren der Krieg in der Ukraine und die Beziehungen zu Russland, die Entwicklung der NATO, die Cyberbedrohungen und die technologischen Innovationen, die Lage auf dem Westbalkan sowie die Lehren aus dem Engagement in Afghanistan. Weitere wichtige Themen waren die Sicherstellung kritischer Lieferketten, der Klimawandel, die Migration, die Korruption, der Schutz humanitärer Akteure und Räume sowie – im Rahmen des Rose-Roth-Seminars – die Sicherheit in Nordeuropa.

³ Linda Sanchez (USA), Zaida Cantera (Spanien), Kevan Jones (Vereinigtes Königreich), Nicu Falcoi (Rumänien) und Michal Szczerba (Polen)

⁴ Im Jahr 2022 finanzierte das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Tätigkeiten der NATO-PV mit 15 000 Franken.



6.1 Krieg in der Ukraine – Beziehungen zu Russland

Der Ukrainekrieg und die Beziehungen zu Russland wurden an den Vollversammlungen in Vilnius und in Madrid sowie in allen Ausschüssen thematisiert. Sämtliche Rednerinnen und Redner begrüßten die transatlantische Einheit und Solidarität. In Madrid führte Clint Reach, Forscher für internationale Verteidigung bei der RAND Corporation, auf die Frage mehrerer Abgeordneter, wieso die NATO-Staaten bei der Analyse der russischen Fähigkeiten so falsch lagen, mehrere Gründe an:

- Erstens sei der Misserfolg der russischen Truppen teilweise auf den Schlachtplan zurückzuführen. So scheint es, dass Russland die Operationen in erster Linie mit den Geheimdiensten plante, ohne den Militärapparat richtig einzubeziehen. Dies würde auch erklären, weshalb die russischen Streitkräfte so überrascht waren, als sie den Auftrag erhielten, das gesamte ukrainische Staatsgebiet zu erobern. Der Plan, auf fünf bis sechs Achsen vorzurücken – begleitet von Luftbombardements –, die Hauptstadt einzunehmen und die ukrainische Führung zur Kapitulation zu zwingen, scheiterte auf ganzer Linie. Reach gab zu, dass die NATO-Staaten nicht mit einem derartigen Einsatz der russischen Truppen gerechnet hatten. Sie seien vielmehr davon ausgegangen, dass Russland seine Streitkräfte auf einer einzigen Achse konzentrieren würde, ähnlich wie es die Koalitionsstaaten im Golfkrieg beim Vormarsch Richtung Bagdad getan hatten. Diese militärische Planung gehe vermutlich auf eine falsche Einschätzung des ukrainischen Widerstandswillens zurück. Offenbar erwartete die russische Führung, dass die ukrainischen Truppen keinen Widerstand leisten und die russischen Truppen als Befreier empfangen würden.
- Zweitens wies Reach darauf hin, dass Russland seine Militäroffensiven für meist schlecht lanciert. So habe Russland grosse Probleme in der Führungs- und Befehlskette bekundet, wie dies beispielsweise im russisch-georgischen Krieg 2008 der Fall gewesen war. Den Grund für das Unvermögen der russischen Streitkräfte, die Lufthoheit zu erlangen, sieht Reach darin, dass das russische Luftverteidigungssystem darauf ausgelegt wurde, eine Luftüberlegenheit der NATO zu verhindern und nicht darauf, die Lufthoheit über ein anderes Land zu erlangen.
- Drittens sei auch der erbitterte Widerstand der ukrainischen Armee ein Grund für die russischen Rückschläge. Reach sagte, dass man die wahren Fähigkeiten der ukrainischen Armee nicht genau kenne, diese aber eindeutig besser seien als erwartet.
- Roberta Pinotti (Italien) fügte an, dass neben den drei Punkten auch die konsequente Unterstützung durch die westlichen Staaten zu nennen ist. In den Augen von Pinotti unterschätzte Putin die Reaktion der euroatlantischen Gemeinschaft ganz klar, da er davon ausgegangen sei, dass diese nach dem Rückzug aus Afghanistan, aufgrund der Migrationskrise und mit einem geschwächten US-Präsidenten angeschlagen und geteilt ist. Obschon die NATO nicht Konfliktpartei ist, liefern die Bündnispartner laut Reach grosse Mengen an dringend benötigtem Rüstungsmaterial. Ausserdem habe Russland kein Interesse an einer Ausweitung des Konflikts in den NATO-Raum.

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg äusserte sich an der Vollversammlung in Madrid ähnlich. Aus seiner Sicht beging der russische Präsident zwei strategische Fehler. Zum einen habe er die Widerstandsbereitschaft der ukrainischen Bevölkerung und zum anderen die Einheit der westlichen Welt unterschätzt. Ungeachtet dessen wäre es fatal, die Bereitschaft Russlands, massives Leid zuzufügen, zu unterschätzen. Die Ukraine müsse weiter unterstützt werden, auch wenn dies mit Kosten verbunden sei. Die NATO-Staaten bezahlten diese Kosten mit Geld, die Ukraine mit Menschenleben. Es gebe keine andere Lösung, als die Unterstützung für das Land aufrechtzuerhalten.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj richtete sich per Videoschaltung an die Versammlung in Madrid und betonte, dass sich die Ukraine 2014 bei der Majdan-Revolution für Europa entschieden hat. Er forderte die anwesenden Parlamentsmitglieder auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um



die Ukraine zu unterstützen. Die Folgen des Krieges bedrohten die gesamte internationale Gemeinschaft. Die Ukraine sei in der Lage, die Souveränität über ihr Staatsgebiet Schritt für Schritt wiederherzustellen, dafür sei es aber notwendig, die militärische Unterstützung fortzusetzen. Selenskyj forderte die Anwesenden zudem auf, sich für die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland einzusetzen und zu erwägen, Russland angesichts der Angriffe auf die Zivilbevölkerung und des begangenen Völkermordes zu einem terroristischen Staat zu erklären.

Reach schätzte die russische Armee insbesondere deshalb als stark geschwächt ein, weil sie einen Teil ihrer Elitetruppen verloren habe. Die Misserfolge der russischen Streitkräfte müssten im Detail analysiert werden und es sei noch zu früh, um sagen zu können, wie sie sich auf die künftige Ausrichtung der russischen Armee auswirken werden. Zum aktuellen Zeitpunkt können gemäss Reach nur provisorische Lehren für die Verteidigungsstrategie der NATO gezogen werden, so zum Beispiel, dass die Bedeutung von Drohnen und Raketenabwehrsystemen zunimmt und dass man besser auf militärische Aggressionen vorbereitet sein muss und Rüstungsgüter in osteuropäischen Ländern bereitstellen sollte.

Auf die Frage mehrerer Parlamentsmitglieder nach der Stabilität von Putins Regime antwortete Reach, dass diese stark von der Entwicklung der Situation auf dem Schlachtfeld abhängt. Zum aktuellen Zeitpunkt sei es nicht möglich, die Dauer und den Ausgang des Krieges vorherzusagen, aber eines sei sicher: Der Erfolg der Ukraine hänge von deren Unterstützung durch den Westen ab. Während sich alle über die Fortführung der Waffenlieferungen einig waren, merkte die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles an, dass diese Unterstützung koordiniert werden sollte. Viele Länder würden Waffensysteme an die Ukraine liefern, und es müsse sichergestellt werden, dass diese Systeme in den jeweiligen Ländern ersetzt werden. Dies biete Gelegenheit für gemeinsame Anschaffungsprojekte. Der Wiederaufbau der Ukraine war ebenfalls Thema. Die Mitglieder des Politischen Ausschusses riefen zur Lancierung eines mit dem Marshallplan vergleichbaren Hilfsprogramms auf und wiesen darauf hin, dass Russland zur Finanzierung dieses Programms beitragen müsste. Jacob Kirkegaard, Forscher beim «German Marshall Fund of the United States», schätzte die Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine im kommenden Jahrzehnt auf mehrere Hundert Milliarden Euro und war der Meinung, dass die EU voraussichtlich einen grossen Teil davon bezahlen muss.

6.2 Weiterentwicklung der NATO

Ein Grossteil der Debatten war der Umsetzung der Beschlüsse des NATO-Gipfels vom Juni 2022 gewidmet:

1. Stärkung von Abschreckung und Verteidigung

Für Cédric Perrin (Frankreich), der seinen Bericht⁵ vor dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit vorstellte, war der Gipfel vom Juni 2022 in Madrid ein Erfolg. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Sicherheitsherausforderungen und der Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die euroatlantische Sicherheit sei es das Ziel gewesen, sofortige Schutzmassnahmen zu ergreifen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Beide Ziele seien vollumfänglich erreicht worden. Die neue Ostflanken-Strategie der NATO mit einer stärkeren Truppenpräsenz, darunter insbesondere rasch einsetzbare Kampftruppen, sowie mit der Bereitstellung von Material habe eine beispiellose Präsenz der NATO in Osteuropa bewirkt. Die Verteidigungsstrategie sei angepasst worden, nun gelte es nur noch, die

⁵ «Invasion de l'Ukraine par la Russie : implications pour la défense collective des Alliés et impératifs pour le nouveau concept stratégique» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Russlands Invasion der Ukraine: Folgen für die kollektive Verteidigung der NATO-Staaten und Anforderungen an das neue strategische Konzept»



Finanzierung sicherzustellen. Neun Mitgliedstaaten erfüllten bereits die Vorgabe, zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung aufzuwenden, und weitere 19 Staaten strebten dies für 2024 an. Die Anstrengungen müssen laut Perrin verstärkt werden, zumal die Budgets aufgrund der Nachwirkungen der Covid-19-Krise und der Folgen des Ukrainekrieges weiter unter Druck geraten werden. Stoltenberg stimmte dem zu und wies darauf hin, dass die Verteidigungsausgaben der Bündnisstaaten das achte Jahr in Folge gestiegen sind. Er hoffe, dass die Bestrebungen der Staaten in diesem Sinne fortgeführt und Verpflichtungen über 2024 hinaus eingegangen werden, denn die 2 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Verteidigung seien nunmehr als Unter- und nicht als Obergrenze zu verstehen.

2. 360-Grad-Ansatz

Die spanische Verteidigungsministerin Margarita Robles erwähnte in ihrer Rede vor dem Ausschuss für Verteidigung und Sicherheit, dass am Gipfel wichtige Entscheide für die Zukunft der NATO getroffen wurden. Mit dem neuen strategischen Konzept werde bekräftigt, dass der Zweck der NATO die Gewährleistung der kollektiven Verteidigung basierend auf einem 360-Grad-Ansatz ist. Im Konzept würden die drei Kernaufgaben der NATO definiert: Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -bewältigung sowie kooperative Sicherheit. Für Robles ist die Fortführung der letzten beiden Aufgaben zentral, wenn die NATO mehr als nur eine einfache Militärorganisation sein will. Im Konzept wird ausserdem die EU als einer der wichtigsten Partner bezeichnet⁶, und es wird festgehalten, dass die Aufgaben der NATO um das Thema «Frauen, Frieden und Sicherheit» ergänzt werden. Noch wichtiger ist laut Robles jedoch, dass die Bündnisstaaten in Bezug auf die strategische Ausrichtung noch nie so geeint gewesen sind, insbesondere bei der Einstufung Russlands als Hauptbedrohung für die Sicherheit der Bündnisstaaten sowie für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum, aber auch bei der Erwähnung, dass China die euroatlantische Sicherheit vor systemische Herausforderungen stellt. Während vor dem Ausbruch des Ukrainekrieges manche die Zukunft der NATO infrage gestellt oder in der EU eine Alternative für die Verteidigung gesehen hätten, hätten sich die Ansichten in der Zwischenzeit diametral geändert. Zum Abschluss ermahnte sie die NATO, den 360-Grad-Ansatz auch wirklich anzuwenden und die Herausforderungen an der Südflanke nicht zu vernachlässigen. In ihren Augen darf der afrikanische Kontinent, der besonders unter dem Klimawandel leiden wird, keinesfalls vergessen werden. Weitere Probleme seien die Destabilisierungsversuche Russlands über die Gruppe Wagner und Chinas Bestrebungen, sich natürliche Ressourcen zu sichern. Der Chef des spanischen Verteidigungsstabs, Admiral Teodor E. López Calderón, vertrat ebenfalls die Ansicht, dass derzeit zwar der Schutz der NATO-Ostflanke im Vordergrund stehen muss, die Anstrengungen an der Südflanke jedoch auch zu verstärken sind. Die Situation in Afrika sei nicht nur durch Terrorismus geprägt, sondern auch durch einen strategischen Wandel, der sich momentan vollziehe. Für die NATO sei es wichtig, dass der Süden möglichst stabil bleibt. Besondere Aufmerksamkeit sei zudem auf die Cyberdimension sowie auf die Informationsüberlegenheit zu richten.

3. Erhöhung der Widerstandsfähigkeit

Das strategische Konzept sieht ausserdem vor, dass die NATO ihre Widerstandsfähigkeit weiter erhöht, namentlich indem sie ihre Energieversorgung diversifiziert. Der Interim-Generalsekretär des Politischen Ausschusses, Tomas Valasek (Slowakei), wies darauf hin⁷, dass Verteidigung und

⁶ Im strategischen Konzept 2022 der NATO vom 29.6.2022 wird die EU als einzigartiger und unentbehrlicher Partner für die NATO bezeichnet.

⁷ Bericht des Politischen Ausschusses: «L'adaptation politique et sécuritaire de l'OTAN en réponse à la guerre menée par la Russie: repenser le concept stratégique» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Anpassung von Politik und Sicherheitsstrategie der NATO als Reaktion auf den Krieg Russlands: Neuausrichtung des strategischen Konzepts»



Abschreckung nur funktionieren, wenn deren Basis eine resiliente Gesellschaft ist. Um effiziente Entscheidungen treffen zu können, empfahl Valasek den Mitgliedstaaten, die NATO als Beratungsplattform für alle Sicherheitsfragen heranzuziehen. Zudem sollte die NATO weitere Partnerschaften aufbauen, insbesondere mit gleichgesinnten Staaten und Organisationen. Die Verbündeten müssten überdies bereit sein, in einen Wettbewerb mit China einzutreten und gleichzeitig den Dialog mit Peking soweit möglich aufrechtzuerhalten, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle. Marcos Perestrello de Vasconcellos (Portugal) teilte diese Ansicht und ermahnte die Mitgliedstaaten⁸, nicht aus den Augen zu verlieren, dass die globale strategische Verlagerung in Richtung indopazifischen Raum trotz des Kriegs in der Ukraine langfristig die signifikanteste Umwälzung des 21. Jahrhunderts bleiben wird. Die NATO sollte dies berücksichtigen, indem sie sich auf die Verbesserung der Partnerschaft mit Demokratien konzentriere, die ähnliche Ziele verfolgten wie sie, beispielsweise Australien, Südkorea, Japan oder Neuseeland. Im Bericht wird den NATO-Staaten ausserdem empfohlen, eine ausgewogene und für einzelne Bereiche sorgfältig ausgearbeitete China-Politik zu verfolgen. China sei sowohl ein Systemrivale als auch Konkurrent und Partner. In jedem Fall müssten die NATO-Staaten aber ihre strategische Abhängigkeit von China reduzieren. Perrin seinerseits wies darauf hin, dass die westlichen Staaten in eine Ära des globalen strategischen Wettbewerbs mit autoritären Mächten, die entschlossen sind, ihren Willen durchzusetzen, eingetreten sind. Er stimmte mit seinem Kollegen Vasconcellos überein, der Aufstieg Chinas zu einer Supermacht stelle eine prägende und langfristige Herausforderung dar. Hingegen sah er angesichts der zunehmend aggressiven Politik Chinas nur wenige Bereiche, in denen Peking zur Zusammenarbeit mit den NATO-Staaten bereit sein werde.

4. Erweiterung des Bündnisses um Finnland und Schweden

Wie Stoltenberg an der Vollversammlung erwähnte, ist der Zeitpunkt reif, die Beitrittsverfahren abzuschliessen und Finnland und Schweden als Mitglieder in die NATO aufzunehmen. Konfrontiert mit mehreren Fragen versuchte Stoltenberg, die kaum verhohlene Kritik an der Türkei und an Ungarn, die beide die Beitrittsprotokolle noch nicht ratifiziert haben, zu besänftigen. Er rief in Erinnerung, dass der im Mai 2022 eingeleitete Beitrittsprozess der schnellste in der Geschichte des Bündnisses ist. Seit Mai hätten sieben NATO-Mitglieder mit den beiden skandinavischen Staaten bilaterale Abkommen unterzeichnet, die insbesondere Beistandsgarantien enthalten. Ausserdem werde mit dem Beitritt dieser beiden Staaten das Bündnis gestärkt und dessen gemeinsame Grenze mit Russland verdoppelt.

6.3 Cyberbedrohungen und technologische Innovationen

Sowohl in Vilnius als auch in Madrid bestand in den Ausschüssen Einigkeit darüber, dass Cyberangriffe eine wachsende Sicherheitsbedrohung darstellen, der hohe Priorität einzuräumen ist. Bei der Präsentation des Berichts von Roberta Pinotti⁹ wies Roberto Loverdos (Griechenland) darauf hin, dass Russland und China nahezu ständig versuchen, geistiges Eigentum und Staatsgeheimnisse zu entwenden, kritische Infrastrukturen zu gefährden und demokratische Institutionen zu schwächen. Andere Staaten wie Nordkorea oder der Iran seien aber auch aktiv in diesem Bereich. Die NATO habe seit 2016 zwar viel unternommen, doch der Dialog mit dem Privatsektor muss laut Loverdos weiter intensiviert werden, denn wie sich gezeigt hat, verdankt die Ukraine ihre hohe Cyberresistenz auch der intensiven Zusammenarbeit mit den USA, der NATO und der EU sowie mit zivilen Akteuren.

⁸ Bericht des Politischen Ausschusses: «L'OTAN et la région indo-pacifique» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Die Nato und der indopazifische Raum»

⁹ Bericht des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit: «Cyberopérations offensives ou défensives: un défi pour l'OTAN» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Offensive und defensive Cyberoperationen: eine Herausforderung für die NATO»



Darüber hinaus sollten die Rahmenbedingungen verbessert werden, um eine schnelle und koordinierte Reaktion auf Cybervorfälle zu ermöglichen. Auf die Frage, ob weniger chinesische Technologie eingesetzt werden sollte, warnte Loverdos, dass die Gefahr einer Abhängigkeit sehr real ist und dass dies eine der grossen Herausforderungen der kommenden Jahre sein wird.

Joëlle Garriaud-Maylam (Frankreich) warnte in ihrem Bericht¹⁰ vor einer beispiellosen Welle von Cyberangriffen auf öffentliche und private Einrichtungen, die für das gute Funktionieren der Bündnisstaaten unverzichtbar sind. Seit Kriegsbeginn habe Russland eine Reihe von Cyberangriffen gegen mehrere europäische Einrichtungen gestartet (vor allem gegen Spitäler und Schifffahrtsgesellschaften). Sie rief die NATO-Mitgliedstaaten auf, den Schutz kritischer Infrastrukturen vor Cyberangriffen in den Mittelpunkt ihrer Sicherheits- und Widerstandsfähigkeitskonzepte zu stellen. Weiter forderte sie die Mitgliedstaaten auf, offensive Cyberinstrumente zu entwickeln, und appellierte an die NATO, zu bekräftigen, dass ein Cyberangriff, insbesondere gegen kritische Infrastrukturen, als Angriff betrachtet werden kann, der eine militärische Reaktion gemäss Artikel 5 des Washingtoner Vertrags rechtfertigt. Diesbezüglich solle indes weder eine bestimmte Schwelle, ab welcher ein Cyberangriff als bewaffneter Angriff eingestuft wird, noch die genaue Art der Reaktion auf einen solchen Cyberangriff festgelegt werden. Auch Garriaud-Maylam empfahl den Bündnisstaaten, enger mit dem Privatsektor zusammenzuarbeiten und die Gesetzgebungen anzupassen, damit eine schnelle und koordinierte Reaktion auf Cybervorfälle möglich ist. So sollten Standards für die Cybersicherheit kritischer Infrastrukturen verabschiedet werden, inklusive Mindeststandards für Software. Weiter sollten die Betreiber kritischer Infrastrukturen und private Unternehmen dazu verpflichtet werden, Informationen über Cyberangriffe an die zuständigen Behörden weiterzugeben, damit diese andere Betreiber rechtzeitig warnen können. Schliesslich forderte sie die Mitgliedstaaten auf, mehr finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, um Cyberangriffe auf kritische Infrastrukturen zu erkennen. Ausserdem sollten sie regelmässig Netzanalysen ihrer kritischen Infrastrukturen durchführen und die Betreiber dieser Infrastrukturen dazu verpflichten, Notfallpläne für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs zu entwickeln.

Nicht nur die Cyberbedrohungen wurden mehrfach erwähnt, sondern auch, dass die technologische Innovation der Schlüssel zur Wahrung einer strategischen Vormachtstellung sei. Für eine glaubwürdige Verteidigung und Abschreckung sei es somit zentral, dass das Bündnis seinen technologischen Vorsprung wahren kann. In Madrid betonte Diana Morant, spanische Wissenschafts- und Innovationsministerin, dass ihre Regierung der Erhöhung der Investitionen Priorität einräumt. Spanien habe die Bereiche Wissenschaft und Technologie in den Mittelpunkt seines Konjunkturprogramms gestellt und wolle bis 2030 drei Prozent seines BIP für diese Bereiche aufwenden. Generalmajor José L. Murga, Spaniens Vertreter im Büro für Wissenschaft und Technologie der NATO, wies darauf hin, dass trotz der zahlreichen Initiativen der NATO und der EU zur Förderung der verteidigungsbezogenen Innovation¹¹ noch immer grosser Handlungsbedarf bei der Zusammenlegung der Rüstungsindustrie in Europa besteht.

¹⁰ Bericht des Ausschusses für Demokratie und Sicherheit: «Renforcer la protection des infrastructures critiques contre les menaces cybernétiques» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Kritische Infrastrukturen besser vor Cyberbedrohungen schützen»

¹¹ Namentlich der Europäische Verteidigungsfonds, die Europäische Verteidigungsagentur, die «Science and Technology Organization» der NATO (STO) und der «Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic» (DIANA)



Bei der Präsentation seines Berichts¹² betonte Njall Trausti Fridbertsson (Island), dass der Krieg gegen die Ukraine zunächst konventionell geführt wurde, später aber auch neue Technologien und Taktiken zum Einsatz kamen (Drohnen, inkl. kommerzielle Drohnen und Satelliten, Cyberangriffe, Informationskrieg usw.). Laut Fridbertsson sind viele Bedrohungen auf technologische Entwicklungen zurückzuführen und könnten neue, disruptive Technologien künftige militärische Fähigkeiten und die Kriegsführung revolutionieren. In diesem Zusammenhang seien vor allem Technologien wie künstliche Intelligenz, Big Data, Raumfahrttechnologie, autonome Systeme, Quanten- und Hyperschalltechnologien, Biotechnologie, Human Enhancement usw. zu erwähnen. Der Bericht fordert die Bündnisstaaten auf, ausgetretene Pfade zu verlassen sowie technologische Innovationen zu fördern und diese rasch in der Verteidigung einzusetzen. In seinen Augen bedarf es auch einer besseren Verknüpfung von technologischen Innovationen und Beschaffungsprozessen.

Bei der Präsentation seines Berichts¹³ wies Sven Clément (Luxemburg) darauf hin, dass der technologische Vorsprung des Westens infrage gestellt wird und dass die Innovationsstrategie an ein sich schnell veränderndes Sicherheitsumfeld angepasst werden muss. Nur durch kontinuierlichen technologischen Fortschritt könne die militärische Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten werden. In einem wettbewerbsorientierten Umfeld, insbesondere zwischen demokratischen und autoritären Systemen, sei es darüber hinaus äusserst wichtig, die Risiken technologischer Abhängigkeit zu begrenzen. Laut Clément müsse die Innovationspipeline der NATO – und im weiteren Sinne auch die Wissenschafts- und Technologiesektoren – widerstandsfähiger gemacht werden. Neben mehr Investitionen und sicheren Netzen wird im Bericht auch zusätzliches wissenschaftliches Personal gefordert. Clément warnte vor einer Abhängigkeit der NATO-Staaten von ausländischen Lieferanten von Verteidigungsgütern und -komponenten und rief die Bündnisstaaten dazu auf, die Sicherstellung der Lieferketten für wichtige Komponenten und Rüstungsgüter zu verbessern. Im Weiteren äusserte er Bedenken bezüglich der massiven Spionageaktivitäten Chinas in den Bereichen Militär, Wissenschaft und Wirtschaft.

6.4 Lage auf dem Westbalkan

Bei der Präsentation seines Berichts¹⁴ bekräftigte Michal Szczerba (Polen), die Länder des westlichen Balkans hätten beim wirtschaftlichen und politischen Übergang Fortschritte erzielt. Die Tatsache, dass von den Ländern Ex-Jugoslawiens heute zwei Mitglieder der EU und vier sowie Albanien Mitglieder der NATO sind, habe zur Stabilisierung der Region beigetragen. Die Fortschritte würden sich indes von Land zu Land unterscheiden und es gebe weiterhin besorgniserregende Spaltungen in der Region, die den Transformations- und Integrationsprozess verlangsamt und in einigen Fällen sogar umgekehrt hätten. Die Erweiterungsmüdigkeit in der EU habe die Aussichten auf eine schnelle Integration gedämpft und die Anreize in der Region für harte Reformen und die Überwindung gesellschaftlicher Spannungen verringert. Angesichts dieses Stillstands seien die Kräfte erstarkt, die sich gegen Stabilität, den Übergang zur Demokratie und eine gute Regierungsführung wenden. Zudem sei der Einfluss Russlands und Chinas in der Region gewachsen. Die Invasion der Ukraine durch Russland berge die Gefahr einer weiteren Destabilisierung und Polarisierung auf dem Westbalkan. Um dieser Gefahr zu begegnen, müssten die NATO und die EU ihre Beziehungen zu

¹² Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie: «Les guerres de demain» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Die Kriege von morgen»

¹³ Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie: «Renforcer la résilience de l'Alliance en matière de sciences et de technologies» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Resilienz der NATO in den Bereichen Wissenschaft und Technologie stärken»

¹⁴ Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Sicherheit: «Balkans occidentaux: la guerre menée par la Russie contre l'Ukraine et les défis persistants dans la région» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Westbalkan: Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die weiterhin bestehenden Herausforderungen in der Region»



den Ländern der Region dynamischer gestalten und deren Integration in den euroatlantischen Raum fördern. Die NATO sollte zudem erwägen, ihre militärische Präsenz auf dem Westbalkan zu verstärken, um Aggression und Gewalt durch Abschreckung zu verhindern. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass Russland diesen Teil Europas destabilisiert.

Die Lage auf dem Westbalkan war auch Thema des Rose-Roth-Seminars in Pristina unter dem Titel «Euroatlantische Integration des Westbalkans: Langwierige Herausforderungen, neue Realitäten und Zukunftsperspektiven». Das Seminar ergab, dass sich der Kosovo sehr um die europäische Integration bemüht, auch wenn in mehreren Bereichen noch Handlungsbedarf besteht, insbesondere in Sachen Korruptionsbekämpfung, Minderheitsrechte, Governance-Fragen und Umwelt. Das Land arbeitet auf internationaler Ebene im Bereich der Sicherheitspolitik eng mit der NATO zusammen. Die Beziehungen zu Serbien sind nach wie vor angespannt, wie die Zwischenfälle im Zusammenhang mit dem Streit um Autokontrollschilder in diesem Jahr mehrfach gezeigt haben. Die äusseren Einflüsse in der Region, namentlich durch China und Russland, sind beunruhigend, sollten aber auch nicht überbewertet werden: Russlands Wirkungskraft ist eher ideologischer denn finanzieller Art. Die Einflussnahme Russlands auf die Energieversorgung Serbiens bildet diesbezüglich eine Ausnahme. Mehrere Beobachterinnen und Beobachter sind der Ansicht, dass diese Einflüsse nur möglich wurden, weil sich die EU in den Westbalkanstaaten nicht ausreichend engagierte.

Die NATO, der jüngst Montenegro (2017) und Nordmazedonien (2020) beigetreten sind, setzt ihr Engagement in der Region fort und ist erfreut über ihre partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kosovo. Aus Sicht der NATO geht es darum, die regionalen Konfliktherde nicht wieder aufflammen zu lassen, den Frieden zu sichern und ein Machtvakuum zu vermeiden, das andere Kräfte nutzen könnten und das zu Extremismus und Radikalisierungen führen könnte. Die KFOR-Mission ist im Übrigen nach wie vor notwendig und wird von allen Beteiligten befürwortet. Der Nutzen der Schweizer Unterstützung für die KFOR wurde besonders hervorgehoben.

6.5 Sicherheit in Nordeuropa

Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde an den Tagungen kein eigener Bericht zur Sicherheit in Nordeuropa präsentiert. Allerdings fand in Helsinki ein Rose-Roth-Seminar zum Thema «Russlands Krieg gegen die Ukraine, Klimawandel: Nordische Sicherheit im Wandel». Die Kernthemen des Seminars waren die Verteidigungsansätze Finnlands und Schwedens sowie die Herausforderungen, mit denen sich die NATO in der Region in Bezug auf den Ukrainekrieg, aber auch auf den Klimawandel konfrontiert sieht. In dieser Hinsicht wird der bevorstehende Beitritt Finnlands und jener Schwedens die NATO und insbesondere ihre Nordflanke stärken. Beide Länder bemühen sich um eine rasche und gemeinsame Aufnahme in das Bündnis und haben bekundet, sich aktiv am Aufbau einer stabilen europäischen Sicherheitsarchitektur beteiligen zu wollen.

Die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine stellt die NATO vor grosse und teilweise neue strategische Herausforderungen. Insbesondere hinsichtlich der Bedrohungen in den Bereichen der hybriden Kriegsführung und der Cybersicherheit wurde weiterer Investitionsbedarf identifiziert. Das schmelzende Eis öffnet Räume in der Arktisregion, die zum einen neue Transportwege und zum anderen bisher unzugängliche Ressourcen erschliessen. Dies erhöht die strategische Bedeutung des Nordens. Darüber hinaus bringt der Klimawandel selbst neue Risiken und Bedrohungen mit sich. Dazu gehören die Folgen des schmelzenden Permafrostes, der Anstieg des Meeresspiegels und die damit verbundenen zu erwartenden Migrationsströme. Auch militärische Einsätze stehen vor neuen Herausforderungen, wie zum Beispiel erhöhter Brandgefahr infolge von Trockenheit oder erschwerten Einsatzbedingungen aufgrund extremer klimatischer Verhältnisse.



6.6 Afghanistan

In Madrid hob Ahmet Yldiz (Türkei) hervor¹⁵, dass die Taliban seit ihrer Machtübernahme die Errungenschaften der jahrzehntelangen Bemühungen der NATO und ihrer Partner für den Aufbau eines afghanischen Staates zunichtegemacht haben. Der wirtschaftliche Zusammenbruch habe zum Systemversagen der öffentlichen Verwaltung geführt und die bereits katastrophale humanitäre Lage verschärft. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung leide unter akuter Ernährungsunsicherheit. Darüber hinaus verwehrten die Taliban Frauen und Mädchen den Zugang zu Schule und Berufsleben. Zudem seien die Medien de facto zum Schweigen gebracht worden. Zwar gelange humanitäre Soforthilfe nach Afghanistan, doch handle es sich dabei um punktuelle Hilfsmassnahmen. Die Taliban-Führung, zu der auch wichtige Teile des terroristischen Haqqani-Netzwerks gehörten, verhängte zunehmend drakonische Massnahmen im Land. Die internationale Gemeinschaft ringe nach wie vor um Lösungen, wie die Hilfe am wirksamsten zu den Bedürftigsten in Afghanistan geleitet werden könne, ohne dabei die Taliban-Führung zu unterstützen. Fachleute äusserten Bedenken, ob die Partnerschaft zwischen den Taliban und dem Haqqani-Netzwerk der Al-Kaida und den mit ihr verbundenen Organisationen einen Wiederaufstieg unter ihrer Führung ermögliche. Somit bleibe abzuwarten, inwieweit terroristische Gruppierungen sich wieder im Land etablieren könnten.

Auch wenn die NATO beschlossen habe, das Krisenmanagement weiterhin als Kernaufgaben anzusehen, werde sie in Zukunft darauf achten müssen, ihre Krisenmanagementoperationen fortlaufend zu bewerten, um sicherzustellen, dass sie weiterhin den strategischen Interessen des Bündnisses entsprechen. Dies sei eine der Hauptlehren aus dem Engagement in Afghanistan. Dabei sei zentral, zwischen vitalen und peripheren Interessen zu unterscheiden, um das Risiko einer schleichenden Aufgabenausweitung zu mindern. Künftig sollten nichtmilitärische Aufgaben, wie der Aufbau eines Staates, Partnerorganisationen überlassen werden, die über die dazu erforderlichen Ressourcen und Erfahrungen verfügten. Darüber hinaus müsste die NATO mehr in Schwertransportkapazitäten investieren und diese Fähigkeit auch trainieren. Yldiz formulierte in seinem Bericht unter anderem folgende Empfehlungen:

- Die NATO-Staaten müssten prüfen, wie die parlamentarische Kontrolle von NATO-Missionen verstärkt werden könne. Der demokratische Fokus sei zu sehr auf die Exekutive ausgerichtet gewesen.
- Eine verstärkte gesetzgeberische Kontrolle von Militäroperationen sollte sich an acht zentralen Fragen ausrichten, die sich die politische Führung vor dem Ergreifen militärischer Massnahmen stellen müsste. Die wichtigsten Fragen seien: a) Sind wesentliche Interessen eines Staates oder einer Organisation bedroht? b) Gibt es ein klares und erreichbares Ziel? c) Sind die Kosten und Risiken vollständig und gewissenhaft analysiert worden? d) Gibt es eine vernünftige Abzugsperspektive, um eine schleichende Aufgabenausweitung zu vermeiden? e) Gibt es eine breite Zustimmung in der Öffentlichkeit und bei den Bündnispartnern? Schliesslich empfahl Yldiz, ein System zu entwickeln, das es der NATO erlaubt, die notwendigen Lehren aus Erfolgen und Misserfolgen von Krisenmanagementoperationen zu ziehen. Dabei sollte die NATO-PV als Forum für eine offene Diskussion genutzt werden.

7 Würdigung der Tätigkeiten der NATO-PV im Jahre 2022

Die Diskussionen der NATO-PV waren in vielerlei Hinsicht aufschlussreich, wobei folgende Punkte besonders hervorgehoben werden können:

¹⁵ Bericht des Politischen Ausschusses: «La situation en Afghanistan: causes, conséquences et enseignements» (nur auf Französisch und Englisch verfügbar), Übersetzung: «Lage in Afghanistan: Ursachen, Folgen und Lehren»



1. Die Debatten bestätigten die Einschätzung, dass der russische Angriff auf die Ukraine eine Zäsur für die sicherheitspolitische Lage darstellt und die jahrzehntealte Friedensordnung in Europa, die seit 2014 zunehmend ins Wanken geraten ist, zerfallen ist. In Europa wird ein konventioneller Krieg ausgetragen und das Risiko eines direkten militärischen Konfliktes zwischen Russland und der NATO ist gestiegen. Es wurde mehrfach erwähnt, dass eine Ära des globalen strategischen Wettbewerbs angebrochen ist, die von einem Wettstreit zwischen demokratischen und autoritären Systemen gekennzeichnet ist. Vor diesem Hintergrund sinkt die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen wie der UNO und OSZE, was die Lösungsfindung für Herausforderungen wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder die Bewältigung von Pandemien und des Klimawandels erschwert. Die MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika) bleibt ein Gürtel der Instabilität. Die aufgrund des Ukrainekrieges gestiegenen Lebensmittel- und Energiepreise, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels dürften die Instabilität weiter erhöhen, was sich entsprechend in Flüchtlings- und Migrationsbewegungen niederschlagen dürfte. Die Terrorismusgefahr bleibt ebenfalls erhöht.

2. Im Rahmen der Arbeiten der Versammlung nahmen die Parlamentsmitglieder Kenntnis der Beschlüsse, welche die NATO im Juni 2022 am Gipfel in Madrid gefasst hatte. Alle Rednerinnen und Redner hoben die Einigkeit der NATO bei der Verurteilung der militärischen Aggression Russlands hervor und riefen dazu auf, die Ukraine weiter zu unterstützen – insbesondere über raschere Waffenlieferungen – und die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. Abweichende Stimmen wurden keine laut. Die Rednerinnen und Redner begrüßten auch die erhebliche Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs des Bündnisses an der Ostflanke, womit die Kernprinzipien der NATO-Russland-Grundakte von 1997 hinfällig wurden. Ferner zeigten sie sich erfreut über die Verabschiedung des neuen strategischen Konzepts der NATO, mit dem bekräftigt wird, dass der Zweck der NATO die Gewährleistung der kollektiven Verteidigung, basierend auf einem 360-Grad-Ansatz, ist und in welchem an den drei Kernaufgaben der NATO festgehalten wird: Abschreckung und Verteidigung, Krisenprävention und -bewältigung sowie kooperative Sicherheit. Vor allem Vertreterinnen und Vertreter der südlichen Mitgliedstaaten begrüßten die Einführung des 360-Grad-Ansatzes. Die Zukunft wird zeigen, ob diesem Konzept tatsächlich konkrete Massnahmen folgen, wie dies mehrere Delegationen forderten.

3. Die Debatte über die Höhe der Verteidigungsbudgets hat sich stark gewandelt. Während in der Vergangenheit die zwei Prozent des BIP für die Verteidigung als Obergrenze betrachtet wurden, scheint dieser Wert nun immer mehr als Untergrenze wahrgenommen zu werden. Die Budgets der Mitgliedstaaten werden jedoch aufgrund der Nachwirkungen der Covid-19-Krise und der wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs weiter unter Druck stehen. Die spürbare Bereitschaft der europäischen Mitglieder, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, dürfte den Streit über einen faireren Lastenausgleich innerhalb des Bündnisses auf jeden Fall mildern.

4. Allgemein rückten die Meinungsverschiedenheiten und Spannungen, die es in der Vergangenheit gab, in den Hintergrund. Ein offener Schlagabtausch zwischen gewissen Delegationen entbrannte nur, weil die Türkei den NATO-Beitritt Schwedens weiterhin mit ihrem Veto blockiert.

5. Der Aufstieg Chinas zu einer Supermacht ist eine bedeutende langfristige Herausforderung für die Sicherheit und die auf rechtsstaatlichen Grundsätzen beruhende internationale Ordnung. Aus Äusserungen der Delegationen ging auch hervor, dass unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob gegenüber China eher auf Konfrontation oder auf Kooperation gesetzt werden soll. In verschiedenen Ausschüssen wurde mehrfach vor Spionageaktivitäten Chinas gewarnt.



6. Die Auswirkungen der rasanten technologischen Entwicklungen nahmen in den Diskussionen viel Platz ein. Angesichts des Potenzials neuer Technologien für die Kriegsführung wurde wiederholt gefordert, mehr in die verteidigungsbezogene Forschung und Entwicklung zu investieren, um den technologischen Vorsprung der NATO wahren zu können. Wie in der Schweiz wurde betont, die Waffenbeschaffungsprozesse müssten optimiert werden, um technologische Innovationen rechtzeitig in die Streitkräfte einführen zu können. Zudem müsse die Lieferkettensicherheit für wesentliche Komponenten und Materialien zur Herstellung von Rüstungsgütern verbessert werden.

7. Angesichts der stark intensivierten Cyberangriffe waren sich die Rednerinnen und Redner einig, dass die Schutzmassnahmen beträchtlich zu erhöhen sind und dem Schutz kritischer Infrastrukturen höchste Priorität einzuräumen ist. Empfohlen wurde namentlich, gemeinsam mit allen Schlüsselsektoren nationale Gesetze und Standards für die Cybersicherheit kritischer Infrastrukturen zu verabschieden, inklusive Mindeststandards für Software.

8. Bezüglich der Lage auf dem Westbalkan wurde vor den weiterhin besorgniserregenden Spaltungen in der Region, die sich wegen des Ukrainekrieges akzentuieren könnten, und dem wachsenden Einfluss Russlands und Chinas gewarnt. Vor diesem Hintergrund forderten einige, die NATO sollte erwägen, ihre militärische Präsenz auf dem Westbalkan zu verstärken, um Aggression und Gewalt durch Abschreckung zu verhindern. Ansonsten stimmten die Anwesenden überein, dass die EU eine führende Rolle bei der Konsolidierung der Demokratien in der Region spielen sollte. Inwieweit das ukrainische EU-Beitrittsgesuchs die bisherige Beitrittsdynamik für die Länder des Westbalkans positiv zu beeinflussen mag, bleibt offen.

8 Schlussfolgerungen und künftige Tätigkeiten

Die Schweizer Delegation zieht eine positive Bilanz ihrer Teilnahme an den Aktivitäten der NATO-PV. In Sachen Sicherheitspolitik ist die NATO-PV das wichtigste parlamentarische Forum. Nachdem die Aktivitäten aufgrund der Covid-19-Krise eingeschränkt waren, nahm die Versammlung ihre Tätigkeiten im Jahr 2022 wieder vollumfänglich auf. Da die NATO-PV die Mitglieder aller nationalen Verteidigungsausschüsse der euroatlantischen Zone versammelt, bietet sie einen idealen Rahmen für einen Meinungs- und Gedankenaustausch über sicherheitspolitische Themen. Dank der Teilnahme an den Arbeiten der Versammlung kann sich die Delegation ein Bild von den Positionen der verschiedenen Delegationen machen und so die Schwerpunkte der künftigen sicherheitspolitischen Diskussionen erkennen.

Viele der von der NATO-PV behandelten Themen sind auch für die Sicherheitspolitik der Schweiz von Bedeutung. Es ist sinnvoll, sich ein genaues Bild von den Veränderungen zu machen, die derzeit im strategischen Umfeld unseres Landes im Gange sind. Was die Weiterentwicklung der NATO als Organisation betrifft, dürften Themen wie das neue Strategische Konzept der NATO, die Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Sicherheit in Europa, der Aufstieg Chinas, das Engagement auf dem Balkan, die Lage in der Region MENA und die Zusammenarbeit mit der EU sowie die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und die Cyberbedrohungen, in naher Zukunft im Vordergrund bleiben. Diese Themen sind letztlich auch für die Schweiz von Interesse.

Die Delegation will die in den vergangenen Jahren hergestellten Kontakte weiter pflegen. Im Mittelpunkt werden dabei die Vollversammlungen stehen. Wenn es die Zeit erlaubt, wird die Delegation auch an den Rose-Roth-Seminaren oder Ausschusssitzungen teilnehmen, die sich mit Themen befassen, die für die Schweiz und ihre Sicherheitspolitik von Bedeutung sein könnten.